2005/23 Antifa

https://shop.jungle.world/artikel/2005/23/die-braune-schar

Die braune Schar

Von **arne norden**

Trotz der Niederlagen in den letzten beiden Landtagswahlen und der Rivalität der beiden Parteien um die Führungsrolle wollen die NPD und die DVU mit einer offenen Liste zur Bundestagswahl antreten. von arne norden

Nicht nur die SPD und die Grünen nahmen die Ankündigung vorgezogener Bundestagswahlen zum Anlass, um von ihrer schweren Niederlage bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen abzulenken. Auch die extreme Rechte ist bemüht, ihr Wahldebakel vergessen zu machen. Unisono begrüßen die NPD, die DVU und die Republikaner die Neuwahlen mit Häme und völkisch-nationaler »Systemkritik«. Besonders die NPD war in Nordrhein-Westfalen, im bevölkerungsreichsten Bundesland, mit großen Erwartungen angetreten. Sie wollte an ihre Erfolge bei den Landtagswahlen vom September 2004 im Saarland, wo sie vier Prozent der Stimmen erhielt, und in Sachsen, wo sie 9,2 Prozent errang, anschließen. Sie erhielt schließlich aber nur 73 000 Stimmen und blieb unter einem Prozent. Wie zuvor bei der Wahl in Schleswig-Holstein im Februar brachte der Verzicht der DVU auf eine Kandidatur nicht den erhofften Erfolg für die NPD. Bei der Bundestagswahl will die NPD diesen Rückschlag wettmachen. Ihr »Bundeswahlkampfleiter« Peter Marx erhob die Teilnahme zur »obersten Priorität für die Gesamtpartei«. Die NPD will sowohl Landeslisten als auch Direktkandidaten aufstellen. Die Nominierung der Kandidaten dürfte angesichts von 299 Wahlkreisen ein schwer zu bewerkstelligendes Vorhaben für die Partei werden, die bundesweit etwa 5 300 Mitglieder hat. Auch finanziell ist die NPD nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen gebeutelt, da sie den Anspruch auf Wahlkampfkostenerstattung knapp verfehlte. Am Konzept eines völkischen Sammelbeckens (Jungle World 2/05) hält die NPD dennoch fest. Die »Volksfront der Nationalen mit NPD, DVU und parteiungebunden Kräften« habe sich zu einer »deutschen Volksbewegung« entwickelt und werde weiteren Zulauf erhalten, glaubt ihr Pressesprecher, Klaus Beier. Der Parteivorsitzende, Udo Voigt, beansprucht die Schirmherrschaft der NPD über das »nationale Lager«, eine Führungsrolle, die ihr derzeit vor allem von der DVU zugestanden wird. Von ihr heißt es, der »Deutschland-Pakt« mit der NPD werde durch die Neuwahlen nicht berührt. Auf ihrer Internetseite verkündet der Vorsitzende Gerhard Frey, man wolle mithilfe der »Hochburgen beider Parteien vor allem im Osten« in die Parlamente einziehen. Die Abmachung mit der NPD sehe vor, dass diese zur Bundestagswahl kandidiere, während die DVU zur nächsten Europawahl antrete. Für die NPD sollen 15 Kandidaten der DVU oder ihr nahe stehende Personen aufgestellt

werden (darunter Frey selbst), während im Gegenzug Mitglieder der NPD für die DVU antreten sollen. Möglich wären diese Kandidaturen auf offenen Listen. In diesem Gespann läuft vor allem die DVU Gefahr, von der agileren NPD dominiert zu werden, zumal diese bereits begonnen hat, in Brandenburg, der Hochburg der DVU, lokale Gruppen zu gründen. Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) zufolge versucht die NPD in Brandenburg inzwischen, die DVU »zu überflügeln«. Im Unterschied zur NPD fehlt der DVU auch der Anschluss ans Kameradschaftsspektrum. Auf eine substanzielle Erweiterung der braunen »Volksfront« deutet derzeit wenig hin. Die Republikaner wollen die ihnen zugedachte Rolle als Dritte im Bunde weiterhin nicht spielen. Dafür müssen sie sich Vorwürfe gefallen lassen. So sei nicht zuletzt die Kandidatur der »vom Ausgrenzungswahn besessenen Republikaner« verantwortlich für das schlechte Ergebnis der NPD in Nordrhein-Westfalen, heißt es auf der Homepage der NPD. Die National-Zeitung schreibt vom »Harakiri-Gegenantritt der Rep«. Trotzdem bleibe »unsere Hand offen, um die wieder einmal enttäuschten Republikaner endlich zu einer Zusammenarbeit mit der ganzen nationalen Volksfront bewegen zu können«, meint der NPD-Vorsitzende von Baden-Württemberg, Janus Nowak. Peter Marx hofft sogar darauf, dass die Reps diesmal nicht antreten; er bot an, im Gegenzug bei einigen Landtagswahlen auf eine Teilnahme der NPD zu verzichten. Bislang blieben diese Offerten unerhört. Der Vorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, sieht die Stunde seiner Partei erst nach einem Wahlsieg der CDU/CSU herannahen, wenn die »Wechseleuphorie« verflogen sei. Obwohl die Reps ihre Niederlage in Nordrhein-Westfalen als einen Rückschlag ansehen, wollen sie an den Bundestagswahlen teilnehmen. Von einer Teilnahme der Republikaner am Volksfrontprojekt kann derzeit also keine Rede sein. Die Strategie der NPD zielt auch eher darauf, deren »nationalen, volkstreuen Flügel« abzuwerben und sich als stärkste Kraft durchzusetzen. Die NPD ahnt, dass ihre Erfolgsgeschichte schnell enden könnte. Ohne weitere spektakuläre Erfolge droht sie aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verschwinden. Die aber braucht sie, um ihre Parolen gegen den rot-grünen »Politkompost« und die christdemokratischen »Steigbügelhalter des Kapitals und der multikulturellen Globalisierung« wirkungsvoll zu verbreiten. Der Lagerwahlkampf zwischen den großen Parteien bringt die NPD in Bedrängnis, denn für die Ablösung der Regierungskoalition durch die CDU/FDP ist das rechtsextreme Bündnis eher schädlich. Die sich formierende Zusammenarbeit zwischen der PDS und der Wasg verringert zudem die Aussicht auf »Proteststimmen« von Hartz-IV-Gegnern. So kann die NPD nur auf polarisierende Wahlkampfthemen der großen Parteien hoffen, die ihr eine Wirkung jenseits rechtsextremer Überzeugungswähler erlauben. Auf diese ist sie ohnehin stärker denn je angewiesen, seitdem sie sich für die Kameradschaftsszene geöffnet hat. Das Image der NPD hat nicht zuletzt durch den missglückten Aufmarsch am 8. Mai in Berlin gelitten. Die Partei spekuliert aber auch noch auf eine andere Möglichkeit. Sie will in Sachsen drei Direktmandate erringen, um die Fünfprozenthürde zu umgehen. Vorbild für diesen Plan ist die PDS, der 1994 der Einzug in den Bundestag mit vier Direktmandaten in Ost-Berlin gelang. Peter Marx geht davon aus, dass die Partei drei Prozent der Zweitstimmen gewinnt, so dass sie mit 18 Abgeordneten ins Parlament einziehen könnte, wenn sie mindestens drei Direktmandate erhielte. Ihre Hochburgen hat die Partei vor allem in den sächsischen Grenzregionenund in der Sächsischen Schweiz. In manchen Wahlkreisen erhielt sie dort 20 bis 25 Prozent der Stimmen.

© Jungle World Verlags GmbH